

GRUNDGESETZ CEM ÖZDEMİR ÜBER VERFASSUNG UND INTEGRATION

Ausländer sollen wählen dürfen

Außerdem plädiert der Grünen-Chef für Volksentscheide auch auf Bundesebene. Statt Deutschunterricht will er Nachzögler Orientierungskurse anbieten.

Florian Kain
Özlem Topçu
Berlin

HAMBURGER ABENDBLATT: Herr Özdemir, das Grundgesetz wird 60. Ist die deutsche Verfassung eine Verfassung für Deutsche?

CEM ÖZDEMİR: Es ist eine Verfassung für alle, die bei uns in der Bundesrepublik leben, sich als Teil dieser Gesellschaft sehen und hier auch weiterleben wollen. Und es ist eine gute Verfassung, auf die man mit Recht stolz sein kann. Es ist ganz sicher die beste, die die Deutschen in ihrer Geschichte hervorgebracht haben.

ABENDBLATT: Sie sind also stolz auf die Verfassung.

ÖZDEMİR: Ich bin stolz auf dieses nationale Symbol, das wie kaum ein anderes für unsere Demokratie steht. Und das als gemeinsame Wertebasis von Christen, Juden, Muslimen und Atheisten ohne Weiteres akzeptiert werden kann. Ich sehe im Grundgesetz den gemeinsamen Leitfadern, nach dem wir alle hier unser Leben zu organisieren haben. Wir sollten wegkommen von der Debatte um eine deutsche Leitkultur und lieber diesen republikanischen Gedanken stärken, der übrigens auch den Einstieg in die deutsche Gesellschaft erleichtert.

ABENDBLATT: Würden Sie sich als deutschen Patrioten bezeichnen?

ÖZDEMİR: Ich liebe jedenfalls das Wesen dieses Landes, seinen unprätentiösen Umgang mit nationalen Symbolen und seine vielschichtige Erinnerungskultur. Ich kann mich nämlich noch gut an die Zeiten erinnern, als ich nachmittags eine türkische Schule in Deutschland besuchte. Da habe ich einen Unterricht erlebt, in dem das eigene Land im Fach Geschichte immer nur Kriege gewonnen hat, wo das eigene Land nie Fehler gemacht hat, stets die anderen die Bösen waren – und ansonsten immer nur gehört, wie toll die Türkei ist. Die Deutschen definieren sich auf sympathische Weise anders.

ABENDBLATT: Was würden Sie ändern am Grundgesetz?

ÖZDEMİR: Wir brauchen mehr direkte Demokratie in Deutschland. Ich fordere, das Grundgesetz durch eine Ausführungsbestimmung so zu erweitern, dass Volksentscheide auf Bundesebene

ausdrücklich ermöglicht werden. Die Menschen müssen wie in der Schweiz über wichtige Themen direkt entscheiden können. Dieses Misstrauen gegenüber den Bürgern kann ich nach 60 erfolgreichen Jahren Bundesrepublik wirklich nicht nachvollziehen. Ein Volksentscheid könnte dann sinnvoll sein, wenn mindestens eine Million Deutsche ihn wollen.

ABENDBLATT: Das wird CSU-Chef Horst Seehofer gerne hören. Er fordert ebenfalls Volksabstimmungen – etwa über den EU-Beitritt der Türkei.

ÖZDEMİR: Was Horst Seehofer macht, hat mit seriöser Politik nichts mehr zu tun. Aber bitte: Wir Grünen haben nichts gegen direkte Abstimmungen in der Europäischen Union. Das könnte dann auch zur Frage eines EU-Beitritts der Türkei sein. Solche Abstimmungen müssen allerdings gleichzeitig in allen Mitgliedstaaten durchgeführt werden, nicht nur in Deutschland. Herr Seehofer ist herzlich eingeladen, sich dafür mit uns gemeinsam einzusetzen.

ABENDBLATT: Die Türkische Gemeinde in Deutschland fordert eine Reform des Wahlrechts für Zuwanderer. Hat sie Ihre Unterstützung?

ÖZDEMİR: Ich unterstützte die Forderung nach einem kommunalen Wahlrecht für Migranten aus Nicht-EU-Ländern. Es ist absurd, dass manche hier seit 20 Jahren leben und ihre Steuern zahlen, aber nicht wählen dürfen, während EU-Ausländer in Deutschland schon nach drei Monaten mitbestimmen, von wem sie regiert werden.

ABENDBLATT: Die Türkische Gemeinde beklagt, dass Muslime in Deutschland in der Ausübung ihrer Grundrechte auf Religionsfreiheit behindert werden. Ist das so?

ÖZDEMİR: Also, wenn jemand in der Ausübung seiner Religion behindert wird, dann sind das meine christlichen Freunde in der Türkei. Wie beispielsweise seine Heiligkeit Bartholomäus, der griechisch-orthodoxe Patriarch, den ich in zwei Wochen besuchen werde. Seit den Siebzigerjahren versucht er vergeblich, das Priesterseminar auf der türkischen Insel Heybeli wieder zu eröffnen. Bei diesem Thema sollte man die Kirche oder auch die Moschee im Dorf lassen.



ABENDBLATT: Die Türkische Gemeinde leitet aus dem Grundgesetz ein Grundrecht auf Familiennachzug ab, selbst wenn die Nachzügler noch kein Wort Deutsch sprechen. Das aber ist derzeit die Voraussetzung ...

ÖZDEMİR: ... und ein typisches Beispiel dafür, wo die Integrationspolitik dieser Großen Koalition gründlich danebenliegt. Anstatt Sprachkurse in der Heimat zu verlangen, wo ein entsprechendes Angebot fehlt und die erfahrungsgemäß oft nicht viel bringen, sollte die Bundesrepublik Orientierungskurse entwickeln. Dann könnten die Nachzügler noch in der Türkei, China oder anderswo lernen, welche Rechte und Pflichten sie in Deutschland haben werden.

ABENDBLATT: Das heißt, wenn die Grünen an die Regierung kommen, werden Sprachkenntnisse

bei Einwanderern nicht mehr verlangt?

ÖZDEMİR: Ja, denn das ist reine Effekthascherei. Das Innenministerium sollte die Türkische Gemeinde in die Pflicht nehmen und mit ihr gemeinsam ein Konzept entwickeln, das in der Praxis funktioniert. Davon können besonders die Frauen profitieren, die oft ihre Rechte nicht kennen. Der Sprachunterricht muss aber unmittelbar nach der Einreise beginnen. Nur so hat Integration von Anfang an eine Chance.

ABENDBLATT: Können ein türkischstämmiger Parteichef, Star-Regisseur oder TV-Kommissar in besonderer Weise zur Integration beitragen?

ÖZDEMİR: Absolut. Denn Vorbilder wie Fatih Akin und Mehmet Kurtulus bewegen sich in der deutschen Gesellschaft wie Fische im Wasser und bekennen sich zu ihr. Sie zeigen Kindern aus bildungs-

fernen Familien, dass auch sie es schaffen können. Dass auch für sie ein Universitätsabschluss sinnvoller sein kann als ein schneller Job in der Fabrik. Die Mehrheitsgesellschaft nimmt diese Leistung nicht immer wahr.

ABENDBLATT: Sprechen Sie mit Kurtulus und Akin über Integration?

ÖZDEMİR: In Berlin zu wohnen hat ja den Vorteil, dass man sich in Kreuzberg oft über den Weg läuft und plaudern kann.

ABENDBLATT: Die Bundesregierung hat die CDU-Politikerin Maria Böhmer mit Integrationsfragen beauftragt. Tauschen Sie sich auch mit ihr aus?

ÖZDEMİR: Wahrscheinlich wäre das vergebliche Liebesmüh. Ich verstehe nicht, warum die Bundesregierung ausgerechnet Frau Böhmer mit dieser Mammutaufgabe beauftragt hat. Ihr Zugang zur Community ist gleich null.

Die Grünen öffnen sich zur Chemie- und Autoindustrie

FRANKFURT/MAIN – Die grünen Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl, Renate Künast und Jürgen Trittin, plädieren für eine Öffnung der Partei zur Chemie-, Auto- und Elektroindustrie. In einem Beitrag für die „Frankfurter Rundschau“ schrieben sie, das „grüne Jobwunder bei den erneuerbaren Energien allein“ werde die Arbeitsplatzverluste durch die derzeitige Krise nicht kompensieren können.

„Wir Grünen müssen uns – mal abgesehen von der in Abwicklung befindlichen Atomindustrie – verabschieden von der Aufteilung in gute und schlechte Industrien.“ Auch Automobilbau und chemische Industrie müssten künftig zu „Aushängeschildern grüner Kernkompetenz“ werden, so die beiden Grünen-Spitzenpolitiker.

Um Öko-Innovationen in der Autoindustrie anzustoßen, fordern Künast und Trittin unter anderem ein Tempolimit auf Autobahnen und eine ökologische Kfz-Steuer. Um die Reform der Kfz-Steuer hatte es zuletzt heftigen Streit gegeben.

In der Elektroindustrie müsse nach japanischem Vorbild ein „Top-Runner-Ansatz“ greifen, wonach das energieeffizienteste Gerät einer Klasse „den Standard setzt, den alle Geräte innerhalb einer bestimmten Frist erfüllen müssen, um nicht vom Markt zu fliegen.“ (HA)

Deutschland boykottiert Uno-Konferenz über Rassismus

GENÈVE – Auch Deutschland wird die Antirassismus-Konferenz der Vereinten Nationen nach Angaben eines Uno-Sprechers boykottieren. Der Sprecher des Uno-Menschenrechtsrats, Rupert Colville, sagte gestern, Deutschland habe die Vereinten Nationen von dieser Entscheidung unterrichtet. Zuvor hatten schon die USA und andere westliche Staaten ihren Boykott erklärt. Sie befürchten, dass die Konferenz von islamischen Ländern für propagandistische Attacken gegen Israel missbraucht werden könnte.

Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) wolle sich am Abend in einer Telefonkonferenz nochmals mit anderen EU-Kollegen abstimmen. Es wäre das erste Mal, dass Deutschland eine Konferenz der Vereinten Nationen boykottiert. Papst Benedikt XVI. lobte die Konferenz dagegen als wichtige Initiative im Kampf gegen Intoleranz. Trotz der Lehren aus der Vergangenheit gebe es auch heute noch „solche bedauerlichen Phänomene“, erklärte das Oberhaupt der katholischen Kirche in Castel Gandolfo.

Die Angriffe auf Israel waren der Grund, weshalb schon die erste „Weltkonferenz gegen Rassismus“ 2001 in Durban mit einem Eklat endete. Die Delegationen der USA und Israels reisten damals vorzeitig ab. (AP)

JUBILÄUM

Steinmeier wird auch reden

BERLIN – Die Parteien haben sich geeinigt: Bei der zentralen Veranstaltung zum 60. Jahrestag des Grundgesetzes am 23. Mai vor dem Brandenburger Tor darf nun neben Bundeskanzlerin Angela Merkel, Bundestagspräsident Norbert Klammert (beide CDU) und dem neu gewählten Bundespräsidenten wohl auch SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier reden. Ein kurzer gemeinsamer Auftritt sei möglich, sagte ein Sprecher der Bundesregierung. (AP)

BAYERN

CSU-Streit um den Übervater Strauß

MÜNCHEN – Bayerns Sozialministerin Christine Haderthauer hat die CSU-Spitze mit öffentlichen Zweifeln am Partei-Übervater Franz Josef Strauß erzürnt. Einem Regionalsender sagte sie, Strauß sei „superinteressant und imponierend“ gewesen, aber als „Vorbildpolitiker“ empfinde sie ihn nicht. Parteichef Horst Seehofer schickte Haderthauer laut „Münchner Merkur“ eine empörte SMS. Auch Generalsekretär Alexander Dobrindt zeigte sich verärgert. (dpa)

PIRATEN

Alle Deutschen wieder an Bord

NAIROBI – Alle 24 Seeleute des von Piraten gekaperten Frachters „Hansa Stavanger“ sind wieder an Bord des Schiffes, darunter auch fünf Deutsche. Nach Angaben der Organisation Ecoterra in Kenia gaben die Piraten nach Vermittlungen von Stammesältesten und humanitären Gruppen in der Nacht zu Sonnabend 20 Verschleppte frei. Das Schiff fährt für eine Hamburger Reederei. (dpa)

ITALIEN

Flüchtlingsschiff darf anlegen

ROM – Etwa 150 Bootsflüchtlinge dürfen nach tagelangem Tauziehen zwischen Italien und Malta in Sizilien an Land gehen. Gestern Abend gab Rom nach, die Flüchtlinge werden in Italien aufgenommen, teilte das Außenministerium mit. Das türkische Schiff „Pinar“ hatte die Flüchtlinge am Donnerstag am Bord genommen. Es wartete seitdem nahe der Insel Lampedusa darauf, einen Hafen anlaufen zu dürfen. (dpa)

WIRTSCHAFTSKRISE

Bundesagentur braucht Kredit

NÜRNBERG – Die Bundesagentur für Arbeit (BA) braucht im Oktober voraussichtlich einen Überbrückungskredit vom Bund. Hintergrund ist neben den Folgen der Wirtschaftskrise, dass der Bund rund 7,8 Millionen Euro Einnahmen aus der Mehrwertsteuer erst im Dezember vollständig an die BA überweist. Bundesarbeitsminister Olaf Scholz versicherte, der Bund werde aushelfen, keine einzige Leistung werde reduziert. (dpa)

KARDINAL-KRITIK

Deutschen fehlt Respekt vor Papst

KÖLN – Kardinal Joachim Meisner hat den Umgang mit Papst Benedikt XVI. in Deutschland kritisiert. Kein anderes Land habe den Papst so sehr herabgesetzt, sagte er gestern im Kölner Dom. Man habe den Eindruck, innerhalb und außerhalb der Kirche sei „nur darauf gewartet worden, auf den Papst einschlagen zu dürfen“. (KNA)

TERROR

Eta-Militärchef festgenommen

MADRID – In einer Gemeinschaftsaktion hat die französische und spanische Polizei den Militärchef der baskischen Separatistengruppe Eta festgenommen. Jurdan Martitegui und zwei weitere Eta-Mitglieder seien in Montauriol festgesetzt worden, teilten Regierungskreise beider Länder mit. (rtt)



Die Abendblatt-Redakteure Özlem Topçu (l.) und Florian Kain (r.) im Gespräch mit dem Bundesvorsitzenden der Grünen, Cem Özdemir. FOTOS: THOMAS KIEROK

TÜRKEI ERDOGAN KRITISIERT VISUMPFLICHT FÜR SEINE LANDSLEUTE

Premierminister sieht sein Land als Bereicherung für Europa

Ludger Fertmann
Hannover

Mit seiner Warnung an die Landsleute in Deutschland, sich nicht zu sehr anzupassen, hat der türkische Premier Recep Tayyip Erdogan vor Jahresfrist Negativschlagzeilen gemacht. Gestern hörte er sich deutlich anders an: Erdogan bat im Anschluss an einen privaten Besuch in Deutschland Journalisten ins Airport-Hotel von Hannover, ließ den eigenen Flieger andert-halb Stunden warten, um seine „Vision einer zeitgemäßen Türkei“ zu erläutern, die alle Voraussetzungen für die Mitgliedschaft in der EU erfüllt und deren Staatsbürger in Deutschland Deutsch lernen sollen.

Die Türkei, so der eine Teil seiner Botschaft, werde für Europa keine Last darstellen: „Das kann der Europäischen Union neuen Schwung geben.“ Dies gelte besonders für Deutschland als dem wichtigsten Wirtschaftspartner

seines Landes mit einem Handelsvolumen von 28 Milliarden Euro. Die Türkei sei zudem eine „Brücke“ zwischen Europa und dem Nahen Osten. Ein Dorn im Auge ist ihm allerdings in diesem Zusammenhang die noch immer geltende deutsche Visumpflicht, die die türkischen Geschäftsleute behindere: „Das ist unlauterer Wettbewerb.“

„Ein Beitritt der Türkei kann der Europäischen Union neuen Schwung geben.“

Recep Tayyip Erdogan

gegen die deutschen Integrationspläne: „Wir sind bereit mitzuarbeiten.“ Und er forderte seine mehr als drei Millionen Landsleute in Deutschland ausdrücklich auf, „den Erwerb der deutschen Sprache und Bildung nicht zu vernachlässigen“. Dies sei wichtig vor dem Hintergrund auch der Tatsache, dass die Arbeitslosenquote in Deutschland bei acht, die der Türken in

Deutschland aber bei 30 Prozent liege. Auf der anderen Seite gebe es inzwischen in Deutschland 70 000 türkische Betriebe mit zusammen 350 000 Beschäftigten.

Im Umkehrschluss wünschte sich Erdogan ein Deutschland, „in dem die Mitglieder der türkischen Gemeinschaft nicht diskriminiert werden und sich nicht fühlen“. In vorangegangenen Landtagswahlkämpfen habe es Parteien gegeben, bei denen „die Rhetorik an Fremdenfeindlichkeit grenzte“. Er hoffe, dass sich das nicht wiederhole. Danach gefragt, ob denn das deutsch-türkische Verhältnis zu Zeiten des Bundeskanzlers Gerhard Schröder (SPD) besser gewesen sei als unter der Kanzlerin Angela Merkel (CDU), blieb er dann doch lieber allgemein. Schröder, zu dessen 65. Geburtstag er am Vorabend gekommen war, bleibe sein „enger Freund bis zum Tod“, aber auch Angela Merkel sei in der Türkei „jederzeit herzlich willkommen“.

WIRTSCHAFTSKRISE HORST KÖHLER SORGT SICH UM KONTINENT

Bundespräsident fordert Infrastrukturprogramm für Afrika

Karsten Kammholz
Hamburg

Bei einem Besuch in Hamburg hat Bundespräsident Horst Köhler davor gewarnt, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf Afrika zu unterschätzen. Die Hoffnung, Afrika werde von der Krise aufgrund seiner geringen Bedeutung für den Weltmarkt verschont bleiben, habe sich als Irrtum erwiesen, sagte Köhler bei einer Podiumsdiskussion im Thalia-Theater. „Die Krise wird auch Afrika erreichen und zu weiterer Armut führen“, so der Bundespräsident. „Wir müssen darauf achten, dass wir Afrika in den Maßnahmen gegen die Wirtschaftskrise nicht vergessen.“

Mit seiner Mahnung verband das deutsche Staatsoberhaupt, das am 23. Mai erneut gewählt werden will, eine konkrete Forderung: „Ich werbe für ein großes öffentliches Infrastrukturprogramm in Afrika.“ Die Roh-

stoffpreise seien gefallen, das Wirtschaftswachstum und der Geldtransfer zurückgegangen.

Der Kontinent müsse zudem in den Vereinten Nationen und dem Internationalen Währungsfonds eine eigene Stimme bekommen. Der Bundespräsident kritisierte in diesem Zusammenhang auch die europäischen Staaten. Er frage sich, so Köhler, ob Europa die Afrikanische Union genügend

„Die Krise wird auch Afrika erreichen und zu weiterer Armut führen.“

Bundespräsident Horst Köhler

unterstütze. „Die Europäische Union muss die Afrikanische Union ernst nehmen“, um damit das Selbstbewusstsein der Afrikaner zu stärken, viele Dinge selbst in die Hand zu nehmen, so Köhler. Als eine Absage an weitere Entwicklungshilfeforderungen wollte dies der Bundespräsident jedoch nicht verstanden wissen. Er sprach sich klar für die Fortsetzung der Entwicklungshilfe an

afrikanische Staaten aus, machte aber auch deutlich: Notwendig für die Vergabe seien politische Bedingungen, damit das Geld wirkungsvoll eingesetzt werde. Hier sei in der Vergangenheit aber zu viel „oktroiiert“ worden. Deshalb, aber auch wegen der Kolonialvergangenheit und der Mitwirkung von Akteuren aus Industrienationen an der Korruption in Afrika, müssten die westlichen Staaten respektvoller mit Afrika umgehen. „Wir haben allen Grund zur Bescheidenheit“, sagte Köhler. Zur Förderung des Austauschs regte das Staatsoberhaupt ein europäisch-afrikanisches Jugendwerk nach dem Vorbild des deutsch-französischen Jugendwerks an.

In der Veranstaltung der Wochenzeitung „Die Zeit“ mit dem Titel „Ein neuer Blick auf Afrika“ nahmen neben Köhler die namibische Staatsanwältin Unomwinjo Katjipuka und der Bestsellerautor Asfa-Wossen Asserate („Manieren“) teil.